

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ GmbH, Leipzig und Universität Leipzig | via Video, 4. November 2021
UBA-Expertenworkshop

Grüne Konjunkturpolitik – Herausforderungen und Chancen

Korreferat

Stefan Kooths

Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum



Stabilitäts- vs. Transformationspolitik



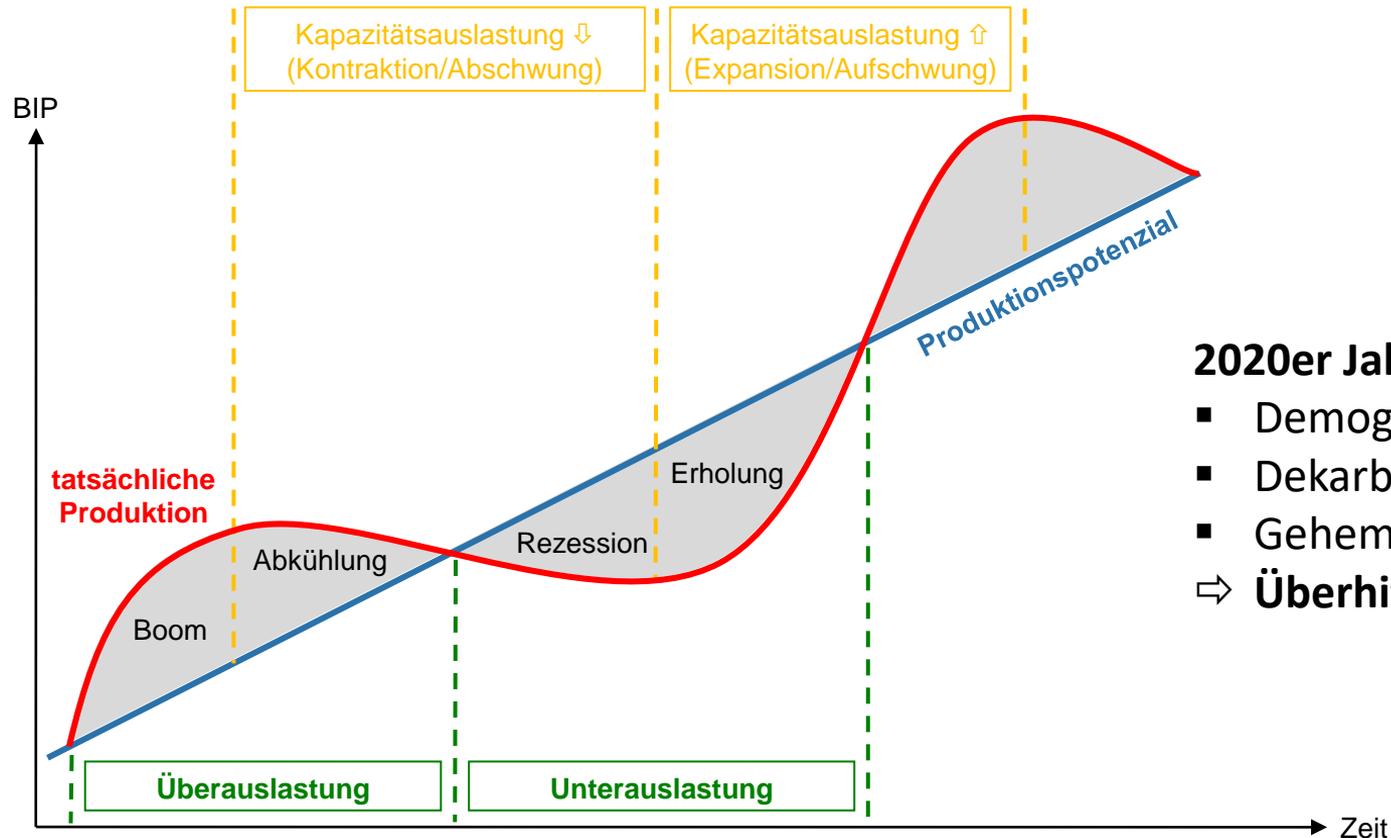
**kurzfristig,
strukturbewahrend
(Kapazitätsauslastung)**



**längerfristig,
strukturverändernd
(Kapazitätsumbau)**

Stabilitätspolitik (Konjunkturpolitik)
ist mehr als Krisenbewältigung

Vermeidung von Unter- und Überauslastung



2020er Jahre:

- Demografie
 - Dekarbonisierung
 - Gehemmte Geldpolitik
- ⇒ **Überhitzungsrisiken**

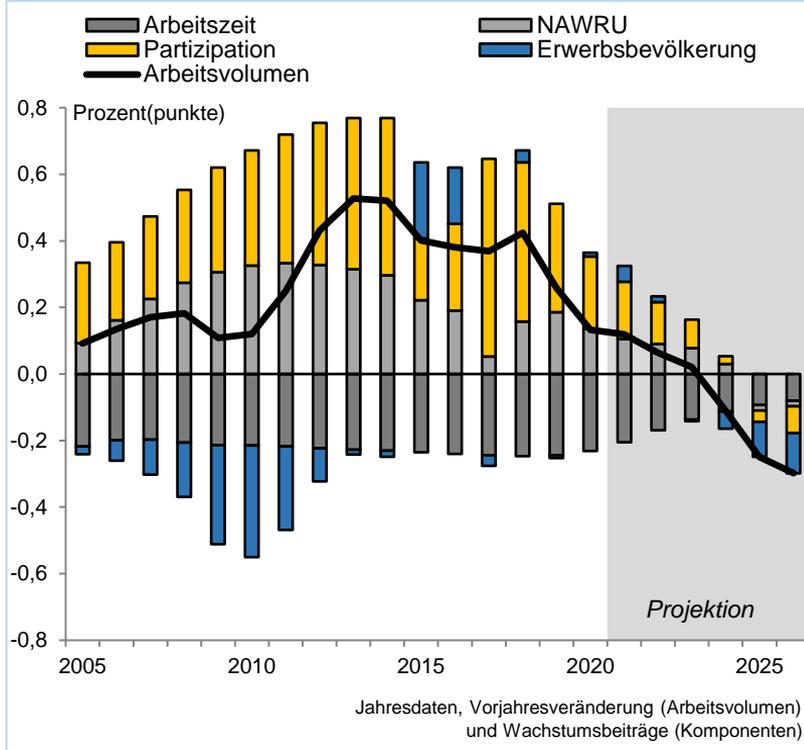
GD-Herbstgutachten 2021 (14. Oktober)



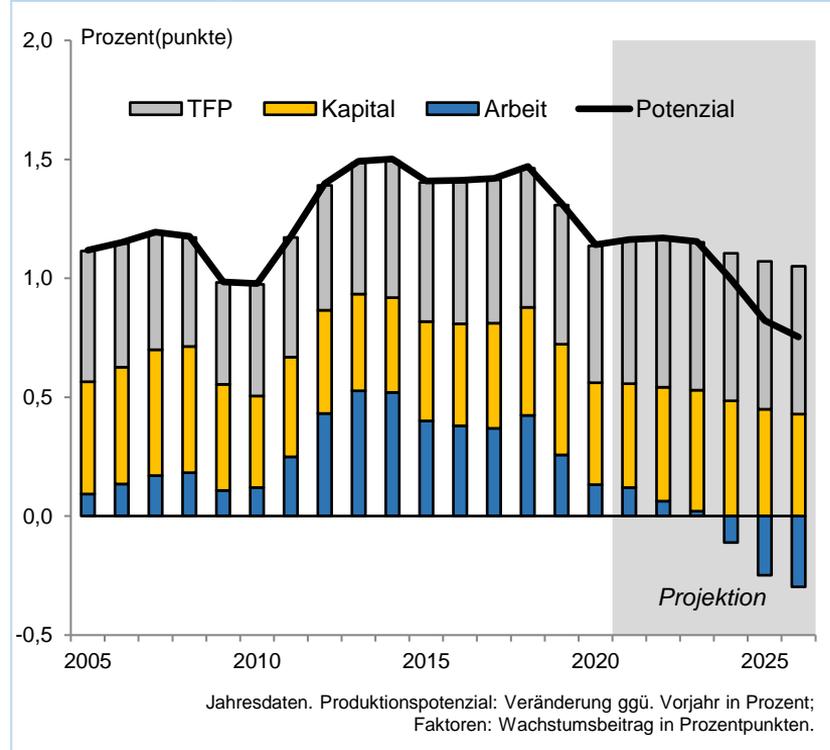
Krise wird allmählich
überwunden
–
Handeln an geringerem
Wachstum ausrichten

Schwindende Wachstumskräfte

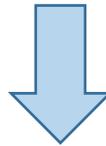
Potenzielles Arbeitsvolumen und Komponenten



Produktionspotenzial und Wachstumsfaktoren



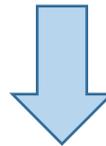
Substitutive statt additiver Investitionen
(Umbau – nicht Aufbau – des Kapitalstocks)



Geringer Kapazitätseffekt auf absehbare Zeit
(intertemporale Optimierung für nächste Generation)

Zeitliche und sachliche Adäquanz (S. 10 f.)

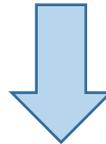
Dies bedeutet zum einen, dass ihr Einsatz unter konjunkturellen Gesichtspunkten auf die Dauer des konjunkturellen Schocks beschränkt werden sollte. Zum anderen sollte von ihnen insoweit auch nur eine temporäre Belastung der öffentlichen Haushalte ausgehen. Dies schließt nicht aus, dass in Krisenzeiten aktivierte Transformationsmaßnahmen zeitlich darüber hinausreichen.



tendenziell destabilisierend

Transformative Einnahmenpolitik (S. 15 f.)

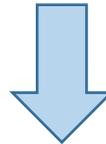
Bei der Auswahl und Ausgestaltung von Instrumenten der Einnahmenpolitik sollten transformationspolitische Co-Benefits genutzt werden, ohne die stabilisierungspolitische Zielerreichung in Frage zu stellen. Konsequente CO₂-Bepreisung und der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen geben hier wichtige Beispiele ab. Ihr Einsatz dürfte bei einer Vielzahl krisenhafter Entwicklungen einen sinnvollen Baustein grüner Konjunkturpolitik darstellen (Robustheit trotz grundsätzlicher Krisenspezifität). Zur Refinanzierung von im Rahmen einer Konjunkturpolitik notwendigen Staatsausgaben sollten derartige Instrumente daher bevorzugt in Betracht gezogen werden.



erhöht Reallokationsstress in der Krise

Strategische Unternehmensrettungen (S. 16)

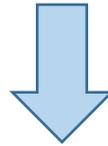
Werden im Rahmen der Krisenbewältigung strategische Unternehmensrettungen als notwendig erachtet, so sollten sie als Gelegenheitsfenster zum Anstoß ökologischer Transformationsprozesse in Betracht gezogen werden. Maßnahmen und Instrumente der strategischen Unternehmensrettungen durch den Staat (Kredite, Bürgschaften, Beteiligungen) bieten die Gelegenheit, nur unter bestimmten Auflagen im Transformationsinteresse gewährt zu werden. Staatliche Unterstützungen können so an Bedingungen der ökologischen Transformation geknüpft werden (etwa eine Dekarbonisierung der Geschäftsaktivitäten).



Einfallstor für dirigistisches Mikromanagement

Konjunkturelle Eignung (s. 17)

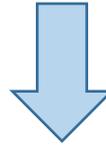
Günstig wären mithin lang vorausgeplante, aber wiederum „wartefähige“ Transformations-Projekte, die gleichsam auf Knopfdruck bei geeignetem konjunkturellem Setting „timely and targeted“ abfließen können, aber zugleich auf ein Krisen-Gelegenheitsfenster warten können, um aktiviert zu werden.



unrealistisch, sehr diskretionär, Prozyklizität durch time-lags
(auch zyklisch besser: Verstetigung der Investitionstätigkeit)

Allgemeiner Nachteilsausgleich (S. 17)

Schließlich bieten sie ein zweifelhaftes Einfallstor für Lobbywettbewerb um Gruppen-„Prämien“. Insgesamt erscheinen Maßnahmen des allgemeinen Nachteilsausgleichs für grüne Konjunkturpolitik daher weitgehend ungeeignet und sollten mithin nicht Bestandteil grüner Konjunkturprogramme sein.



richtig, keine Einzel-Maßnahmen, sondern systemischer Ansatz
(z. B. Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen)

(Corona-) Unternehmenshilfen: Kieler Modell



ifw KIEL INSTITUT FÜR WELT WIRTSCHAFT

KIEL POLICY BRIEF

Stefan Kooths und Gabriel Felbermayr

Stabilitätspolitik in der Corona-Krise

Nr. 138 April 2020

- Die Corona-Pandemie bewirkt einen globalen Interaktionsschock, der die Weltwirtschaft unter massiven Stress setzt. Stabilisierungspolitische Maßnahmen begründen sich unmittelbar aus den Folgen der Seuchenpolitik.
- Der amtlich verfügte Stillstand lähmt die ökonomische Aktivität auch über eine drastisch erhöhte (Politik-) Unsicherheit. Breitensteils zur Abschätzung des Epidemieverlaufs dämmen Unsicherheit ein und wirken daher unmittelbar stabilisierend.
- In Zeiten hoher Konjunktursicherheit kommt es in besonderem Maße auf zielgenaue, selbst-dosierende und reaktionsschnelle Instrumente an. Dabei korrespondiert das Ausmaß des Problems nicht automatisch mit der Ebene des staatlichen Handelns.
- Ohne einen branchenübergreifenden Lastenausgleich drohen Liquiditätshilfen zum Teil ins Leere zu laufen. Konjunkturprogramme zur allgemeinen Nachfragebebung sind demgegenüber für den Restart nach dem Shutdown nicht das Mittel der Wahl.
- Konjunkturpolitisch besteht im Euroraum – über die Absicherung des Bankensektors hinaus – kein Koordinationsproblem. Steigende Risikoprämien auf Staatsanleihen sind per se kein dysfunktionales Marktsignal und verhindern nicht das Handeln solventer Staaten. Die Gemeinschaftshaltung zur Abwehr von akuten Staatsschuldenkrisen stellt in einem Szenario multipler Gleichgewichte eine Randlösung dar.
- Trotz akutem Handlungsdruck sollten auch in Zeiten der Krise Langfristeffekte mitbedacht werden. Die Corona-Krise legt Stabilitätsdefekte im Euroraum offen, die bereits vorher bestanden. Der Geldpolitik kommt während einer Pandemie nur eine eng umrissene Aufgabe zu.

Institut für Weltwirtschaft
ISSN 2195-7525



ifw KIEL INSTITUT FÜR WELT WIRTSCHAFT

KIEL POLICY BRIEF

Gabriel Felbermayr und Stefan Kooths

Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen – Funktionsweise und Einsatz in der Corona-Krise

Nr. 148 Dezember 2020



- Katastrophenbedingte Einbrüche der gesamtwirtschaftlichen Aktivität (interruptive Schocks) erfordern neben dem Kurzarbeteil einen Stabilisierungsmechanismus zum Schutz marktfähiger Produktionsstrukturen.
- In makroökonomischen Notlagen gehen Stabilitätsaspekte und faire Lastenverteilung Hand in Hand. Für beides sind die Betriebsergebnisse und nicht Umsätze oder Fixkosten die relevante Maßgröße.
- Das Kieler Modell sieht betriebliche Stabilisierungshilfen (BSH) vor, die krisenbedingte Rückgänge der Betriebsergebnisse weitgehend kompensieren. Krisenbetroffenheit bestimmt sich über (regionalisierte) Branchendurchschnitte, idiosynkratische Erfolgsfaktoren und produktive Anreize bleiben erhalten.
- BSH-Leistungen werden nach einheitlichen Kriterien über alle Branchen, Betriebsgrößen und Rechtsformen hinweg gewährt. Sie stabilisieren das Eigenkapital der Unternehmen und erhöhen deren krisenresilienz unabhängig von ihrer Finanzierungsstruktur. Weder wird das allgemeine unternehmerische Risiko sozialisiert noch der Strukturwandel unterbunden.
- Der BSH-gestützte Stabilisierungsmechanismus wird durch Parlamentsbeschluss für maximal zwei Jahre aktiviert.
- Das Kieler Modell ist den bislang in der Corona-Krise eingesetzten Unternehmenshilfen überlegen. Es wirkt zielgenau, ist selbstdosierend und kann schnell aktiviert werden. Die Stabilitätspolitik sollte sich mit dem BSH-Mechanismus auch für zukünftige makroökonomische Notfälle wappnen.

Institut für Weltwirtschaft
ISSN 2195-7525



Zielgerichtet,
selbstdosierend und
robust gegenüber
ungünstigem
Pandemieverlauf

Diskussion



Prof. Dr. Stefan Kooths

Direktor

Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum

T +49 431 8814-579

M stefan.kooths@ifw-kiel.de

 @StefanKooths

  @kielinstitute

www.ifw-kiel.de

